

Blickpunkt Niedersachsen

Nr. 42

Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.



Wir sind für alle Beschäftigten da!

Personalratswahlen
02. März 2004

DSTG

DSTG

**Wählen Sie Ihre Kandidatinnen und
Kandidaten der DSTG - eine starke
Vertretung Ihrer Interessen**

Aus dem Inhalt:

Grußwort des Finanzministers Hartmut Möllring

Stellungnahme des DSTG - Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek
zum "Reformmodell 21"

Hinweise zur Wahl und Auszüge aus den Kandidatenlisten in dieser Ausgabe

Grußwort des Niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring an die Mitglieder der Deutschen Steuer-Gewerkschaft im Januar 2004

Die finanzielle Situation des Landes Niedersachsen und die daraus resultierenden Kürzungen im Beamtenbereich

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Amt des Niedersächsischen Finanzministers übe ich seit März letzten Jahres aus. Dennoch hat diese relativ kurze Zeit ausgereicht, um mir u. a. durch meine ersten Besuche bei den Finanzämtern ein Bild über die hervorragende Arbeit, die Sie geleistet haben und leisten, machen zu können. Hierfür danke ich Ihnen

Leider habe ich Ihnen trotz Ihrer großen Motivation einige Wermutstropfen nicht ersparen können. So ist im vergangenen Jahr ein Bündel von dienstrechtlichen Maßnahmen beschlossen worden, die Sie belasten. Beispielhaft seien nur der Wegfall des Urlaubsgeldes ab 2004 und die Kürzung des Weihnachtsgeldes auf nunmehr 50 % eines Monatsgehalts ab 2004 genannt. Auf Grund der Haushaltslage hat zu diesen Kürzungen keine Alternative bestanden.

Um Ihnen die Dramatik der finanziellen Situation Niedersachsens darzustellen, nenne ich im Folgenden ein paar Zahlen:

- 43,34 Milliarden Euro beträgt die Gesamthöhe des Schuldenberges aus Kreditmarktmitteln zum Stichtag 31.12.2003.
- 22,27 Milliarden Euro gibt Niedersachsen im laufenden Jahr 2004 aus.
- Ca. 8,7 Milliarden Euro (nahezu 40 Prozent) davon betragen allein die Personalkosten.
- Auf ca. 2 Milliarden Euro belaufen sich die Pensionszahlungen.
- Ca. 2,5 Milliarden mehr als jeden 10. Euro muss das Land 2004 voraussichtlich an Zinsen für seinen riesigen Schuldenberg aufwenden.

Die Darstellung dieser erschreckenden Zahlen hat nur ein Ziel: Ich möchte damit um Ihr Verständnis für die dienstrechtlichen Maßnahmen werben, von denen Sie im letzten Jahr getroffen worden sind und auch weiterhin betroffen sein werden.

Ich kann Ihnen versichern, dass der Landesregierung diese Entscheidungen nicht leicht gefallen sind. Aber angesichts der dramatischen Haushaltslage und des sehr hohen Personalkostenanteils an den Ausgaben waren und sind wir dazu gezwungen, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst Opfer abzuverlangen.



Trotz der für Sie harten Einschnitte bin ich davon überzeugt, dass Sie die Einforderung dieses Konsolidierungsbeitrages nachvollziehen können, wenn die Lasten gerecht und mit sozialem Augenmaß verteilt werden. Ich denke, das ist uns weitgehend gelungen. Im Tarifbereich ist dies noch nicht umgesetzt.

Als amtierender Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder habe ich das Ziel, Angestellte und Arbeiter den Beamten gleichzustellen, soweit dem systembedingte Unterschiede nicht entgegenstehen. Die ersten Schritte (Kündigung der Tarifverträge über das Urlaubsgeld und die Sonderzuwendung) sind bereits im letzten Jahr vollzogen worden.

Bei allem verständlichen Ärger über die Auswirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen für Sie persönlich bitte ich zu bedenken: Wir handeln aus purer Not. Deshalb sollten wir gemeinsam das Ziel im Auge behalten: Schuldenproblem und Ausgabeverhalten des Landes müssen der Realität angepasst werden, damit die negative Wirtschaftsentwicklung gestoppt und der Weg in eine bessere Zukunft eingeschlagen werden kann!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in black ink, which appears to be 'H. Möllring'. The signature is written in a cursive style.

Negativschlagzeilen haben für Unruhe gesorgt

Aufgrund der bekannten Pressemitteilungen ist es in einigen Bereichen zu ärgerlichen Reaktionen gekommen.

Wie bereits in den an die Ortsverbandsvorsitzenden übermittelten Informationen angekündigt, haben wir den dbb - Bundesvorsitzenden Peter Heesen und natürlich auch unseren Bundesvorsitzenden und stellvertretenden dbb - Vorsitzenden Dieter Ondracek gebeten, zu den irritierenden Meldungen Stellung zu beziehen und uns von der Wortwahl "faule Beamte" distanzieren.

Die Antwort von Dieter Ondracek liegt inzwischen vor. Darin erläutert er die Hintergründe, die zu den jeweiligen Interviews und damit zu den Negativschlagzeilen geführt haben.

Diese möchten wir Ihnen hiermit zugänglich machen, weil wir wissen, dass vielen von Ihnen diese Hintergrundinformationen nicht bekannt sind.

Ausgangspunkt ist ein Gutachten der sog. Bull-Kommission aus NRW, das im Ergebnis empfiehlt, das Berufsbeamtentum abzuschaffen, weil es überholt und nicht reformierbar wäre. Die hierfür notwendige Änderung des Art. 33 GG ist mit einer 2/3 Mehrheit möglich und im Zuge der Förderalismusbestrebungen der Länder somit durchaus denkbar.

Der Delegiertentag des dbb in Leipzig hat beschlossen, das Berufsbeamtentum zu erhalten. Um den Kritikern des Berufsbeamtentums den "Wind aus den Segeln" zu nehmen, wurde die Notwendigkeit eines offensiven Vorgehens durchaus gesehen.

Den von der Bull-Kommission festgestellten Schwachstellen des Berufsbeamtentums (Laufbahnprinzip, lebenslange Anstellung und eine Alimentation, die sich nicht an der Leistung des Einzelnen orientiert) steht der in Leipzig einstimmig verabschiedete Entschließungsantrag "**Reformmodell 21**" entgegen. Darin wird aufgezeigt, dass das Laufbahnrecht reformiert werden kann, dass die Unkündbarkeit zwingend für die Unabhängigkeit und sachgerechte Bearbeitung notwendig ist, dass eine selbstverschuldete oder absichtliche Minderleistung entsprechend sanktioniert werden kann und dass eine stärkere Ausrichtung zur leistungsbezogenen Bezahlung möglich ist. Vor diesem Hintergrund ist es zu den Interviews gekommen.

Die Äußerungen des dbb - Bundesvorsitzenden Peter Heesen gegenüber der Presse zielen daraufhin, dass in einem leistungsgerechten Bezahlungssystem die Möglichkeit gegeben sein muss, leistungsstarke Kolleginnen und Kollegen entsprechend zu bezahlen und

Leistungsverweigerer zurückzustufen. Dabei bezieht sich das Zurückstufen nicht auf ein Beförderungsamts, sondern es soll im Bereich der Leistungsstufen, die das neue Bezahlungssystem vorsehen wird, stattfinden. Vom Grundsatz her kann man nichts dagegen haben, denn, wenn von leistungsgerechter Bezahlung gesprochen wird, ist das nichts Negatives, sondern der richtige Ansatz.

Auch im bestehenden System gibt es bereits Leistungsanreize, die allerdings nicht oder erst nach langer Wartezeit zum Tragen kommen. So lassen Beförderungen wegen nicht ausreichend vorhandener Planstellen oft lange auf sich warten und das Versprechen, bereits heute schon mögliche Leistungskomponenten (Leistungszulagen und -prämien) zu zahlen, wird aus Haushaltszwängen ebenfalls nicht eingehalten.

Vor diesem Hintergrund haben die Delegierten des Gewerkschaftstages beschlossen, durch die Einführung der neuen Leistungsstufen Leistungsanreize und Leistungsbelohnungen spürbarer zu machen, als das heute der Fall ist. In diesem Zusammenhang wurde von ca. 20 % leistungsabhängiger Bezahlung gesprochen. Damit ist jedoch nicht gemeint, dass von den heutigen Gehaltsbestandteilen 20 % zur Disposition gestellt werden. Eine Verstärkung der Leistungskomponenten kann nur im Rahmen künftiger Gehaltserhöhungen und über eine lange Übergangszeit erfolgen. Im Tarifbereich laufen entsprechende Verhandlungen bereits seit geraumer Zeit.

Unserer Bundesvorsitzender hat in Kenntnis der Arbeitslage in unserer Verwaltung sehr wohl Verständnis für die Reaktionen unserer Kolleginnen und Kollegen.

Zitat: "Wenn im Finanzamt die Kolleginnen und Kollegen von früh bis spät schufteten und dennoch mit der Arbeit nicht fertig werden können, weil der Arbeitsanfall zu hoch ist, dann reagieren sie allergisch auf Meldungen wie diese, und wenn wir in der Steuerverwaltung den "Kundendienst" schon soweit ausgebaut haben und in den Servicecentern wirklich optimale Öffnungszeiten bieten, dann ärgert dies die Kolleginnen und Kollegen, wenn als Beispiel weitergehende Öffnungszeiten genannt werden."

**Mit Ihrer Stimme bestimmen Sie
am 02.03.04**

**die Qualität Ihres Personalrates
für die nächsten vier Jahre!**

Wir bitten um Ihr Vertrauen

Personalratswahlen 2004

Am **02.03.2004** sind alle Beschäftigten aufgerufen, ihren Personalrat für die örtliche Personalvertretung, die Jugend- und Auszubildendenvertretung und für die Stufenvertretungen bei der OFD Hannover (Bezirkspersonalrat) und beim Niedersächsischen Finanzministerium (Hauptpersonalrat) zu wählen.

Wird vor Ort eine Mehrheitswahl oder Persönlichkeitswahl durchgeführt, so werden Sie jeweils auf ihren Stimmzettel alle Kandidatinnen und Kandidaten einer Gruppe (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Jugend- und Auszubildendenvertretung) finden. Sie dürfen dann so viele Kreuzchen vergeben, wie Sitze für die einzelnen Bereiche zu vergeben sind. Allerdings darf eine Kandidatin/ein Kandidat nicht mehrfach mit Kreuzchen bedacht werden, da der Stimmzettel in diesem Falle ungültig wird.

Für die Stufenvertretung (HPR und BPR) wird eine Verhältnis- oder Listenwahl durchgeführt. D.h. hier darf durch das Setzen eines Kreuzchens nur jeweils eine Stimme für die jeweilige Liste vergeben werden. Im Gegensatz zu der vorherigen Wahl werden Sie für die Wahl zu den Stufenvertretungen nunmehr jeweils die Namen der ersten drei Kandidatinnen und Kandidaten auf den Stimmzetteln wiederfinden.

Dieses werden sein, für die Liste

Hauptpersonalrat			Bezirkspersonalrat		
<i>Beamte</i>		<i>Angestellte</i>	<i>Beamte</i>		<i>Angestellte</i>
Frauen	Männer		Frauen	Männer	
1. Deppe, Veronika, geh. Dienst FA Northeim	1. Hüper, Jürgen, höh. Dienst MF	1. Kückler, Reiner Angestellter FA Cuxhaven	1. Japtok, Ursula, geh. Dienst, FA H.-Nord	1. Abeling, Günther, geh. Dienst FA Nienburg	1. Seever, Christa Angestellte, OFD - StH
2. Niermann, Ingeborg, geh. Dienst, OFD - StO	2. Schäfer, Friedhelm, mittl. Dienst, FA Syke	2. Petersilka, Petra, Angestellte, FA Bad Bentheim	2. Schmager, Henriette mittl. Dienst, FA Emden	2. Pforr, Hans-Peter geh. Dienst, FA Delmenhorst	2. Kückler, Reiner, Angestellter, FA Cuxhaven
3. Bischoff, Heike, mittl. Dienst, FA Syke	3. Borgfeld, Bernd, mittl. Dienst, FA H.-Nord	3. Dobben, Hannelore, Angestellte, FA Bad Bentheim	3. Podschadly, Angelika mittl. Dienst, FA Buchholz	3. Franke, Andreas, geh. Dienst, FA H.-Land II	3. Puschmann, Karin, Angestellte, OFD - StH

Die vollständigen Listen finden Sie auf unserer Website unter www.dstg-nds.de, oder Sie können Sie zu einem späteren Zeitpunkt aus den Kandidatenprospekten entnehmen.

Nunmehr sind die Wählerinnen und Wähler durch ihre Stimmabgabe auf den Listen unserer Fachgewerkschaft DSTG aufgefordert, die von der Ortsverbandsvorsitzendenkonferenz bestätigten Kandidatinnen und Kandidaten in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit aufzunehmen und ihr gezeigtes Engagement weiterhin unter Beweis zu stellen. Als Mitglieder der einzigen Fachgewerkschaft der Steuerverwaltung können wir sicher sein, dass sie die Interessen eines jeden einzelnen gegenüber Verwaltung und Politik gut vertreten. Die gewerkschaftliche Konkurrenz hat die verschiedensten Interessengruppen zu vertreten und kann sich deshalb nicht auf die Belange in der Steuerverwaltung allein konzentrieren.

E i n e A l t e r n a t i v e d ü r f t e h i e r k a u m g e s e h e n w e r d e n .

Nutzen Sie Ihre Wahlmöglichkeiten. Falls Sie am Tag der Wahl verhindert sein sollten, nutzen Sie die Briefwahlmöglichkeiten und fordern Sie rechtzeitig die hierfür benötigten Unterlagen bei Ihrem Wahlvorstand an.

DAS MEINT JÜRGEN HÜPER



Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

02.03.04

das ist der Termin für die Personalratswahlen. Dann entscheiden Sie mit Ihrer Stimme über die Zusammensetzung der örtlichen Personalvertretungen und auch die der Stufenvertretungen (Bezirks- und Hauptpersonalrat). Die örtlichen Personalräte werden über-

wiegend durch Personenwahl gewählt werden, die Stufenvertretungen in Form von Listenwahl. In den noch amtierenden Gremien sind überwiegend Mandatsträger der DSTG vertreten, die sich für eine Wiederwahl erneut zur Verfügung gestellt haben.

Ich bitte Sie, die DSTG zu unterstützen. Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der DSTG und stärken Sie damit unsere Arbeit im Interesse **aller Beschäftigten** in der Steuerverwaltung. Wir wissen, wie schwierig es ist, für unsere Kolleginnen und Kollegen Verbesserungen des Ist-Zustandes umzusetzen und durchzusetzen. Wir sehen auch das Abstumpfen der Politik auf herkömmliche Reaktionen, Proteste und Demonstrationen. In dieser schwierigen Situation müssen wir Strategien überlegen, mit denen der Eingriff in die Besitzstände abgewehrt werden kann und auch in schwierigen Zeiten Verbesserungen gefunden werden können. Dahin geht unser Bemühen. Daran haben wir bislang gearbeitet und daran wollen wir auch weiterhin arbeiten.

Den Erfolg unserer Arbeit lassen wir uns nicht von falschen Schlagworten und Überschriften kaputt machen. Wenn die derzeitige Situation auch mehr als unbefriedigend ist, haben wir durch Initiative der DSTG in Niedersachsen in den letzten vier Jahren folgendes erreicht:

- Umsetzung der **Altersteilzeit für Beamte** auch für Teilzeitbeschäftigte
- Erhöhung der **Wegstreckenentschädigung**, wenn auch nicht im erhofften Maße
- Neuregelungen zum **Laufbahnwechsel** vom mittleren in den gehobenen Dienst (zeitverkürzter Regelaufstieg; Neueinführung Verwendungsaufstieg)
- Mitarbeit im "**Projekt Finanzamt 2003**"
- **Verhinderung der Bandbreitenregelung** in der Eingangsbesoldung
- **Zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten**
 - Umsetzung der letzten Stufe des Stellenhebungsmodells 1994/1995 für den **gehobenen Dienst** in 2000 mit **94 Beförderungen**
 - in weiteres Hebungsmodell für den **mittleren**

Dienst mit insgesamt **415 Beförderungen** in 2001 und 2002

- als Folge der erstmaligen Umsetzung des Verwendungsaufstiegs weitere **53 Beförderungen im mittleren Dienst**
- je **25 Beförderungen** der Verwendungsaufsteiger in 2002 und 2003 **nach A 10**
- je **50 Beförderungen** gehobener Dienst (**Innendienst**) nach A 10 in 2002 und 2003
- **Höhergruppierungen** im Tarifbereich durch Fortbildungsmaßnahmen
- erfolgreiche Rechtsunterstützung in den Verfahren zur **Alimentation kinderreicher Beamtenfamilien** mit zum Teil erheblichen Nachzahlungsbeträgen
- **Anhörung der DSTG im Landtag** zum Thema "Zukunft der nds. Steuerverwaltung" mit erheblichem Medienecho
- **Anhörung** von Personalratsvertretern im **Haushaltsausschuss** zur Arbeitslage und der Übernahme der Anwärter

Ich denke, diese Erfolgsbilanz (detailliert nachzulesen in den Blickpunkten der letzten vier Jahre) kann sich sehen lassen und sollte nicht in Vergessenheit geraten. Vorrangige Ziele sind weiterhin die Übernahme unserer Anwärterinnen und Anwärter und die Erreichbarkeit der Besoldungsgruppe A 11 für die Verwendungsaufsteiger.

Daran können Sie erkennen, dass wir uns nicht nur zu den Personalratswahlen melden, sondern stets und nachhaltig am Ball sind.

Leider konnten die Streichungen und Kürzungen in der Beamtenbesoldung nicht verhindert werden. Ich weiß auch, dass das Nachkarten einer Sozialkomponente auch nicht der große Wurf gewesen ist. Doch ohne unser Einmischen und Ihrer Proteste wären die finanziellen Einschnitte noch schmerzlicher gewesen.

Auch wenn manchmal unsere Aktivitäten nach außen nur als ein Reagieren statt Agieren erscheinen mögen, dann liegt das auch daran, dass Politik in ihren Absichten oftmals weiter ist als dieses öffentlich bekannt ist. Ich bitte Sie deshalb nochmals, **wählen Sie am 02.März 2004 die Kandidatinnen und Kandidaten der DSTG.** Denn mit Ihnen als aktive Basis und den Mandatsträgern in den entsprechenden Personalvertretungen sind wir ein ernst zu nehmender Verhandlungspartner.

Das meint Ihr

TARIFBEREICH

Neugestaltung des Tarifrechts

Das 40 Jahre alte Tarifrecht muss reformiert werden. Deshalb haben **dbb tarifunion** und Arbeitgeber in der Einkommensrunde 2002/2003 die "Prozessvereinbarung für die Tarifverhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts" abgeschlossen Zielmarke "Januar 2005".

Das gesamte Tarifrecht steht auf dem Prüfstand. Neun Projektgruppen und eine Lenkungsgruppe bearbeiten Arbeitszeit, Entgelt, Eingruppierung, spartenspezifische Fragen und leistungsbezogene Bezahllemente.

Die Arbeitgeber erwarten von Gewerkschaftsseite, einige Zugeständnisse zu machen und Einbußen hinzunehmen.

Dies akzeptiert die **dbb tarifunion** nicht! Wenn die Arbeitgeber nur die Fassade bewahren wollen und dahinter doch den Abriss planen, werden die Verhandlungen nicht erfolgreich sein. Die Zeitvorgabe ist sehr ehrgeizig gesteckt! Jetzt wollen die Arbeitgeber zu Teilbereichen schon Ergebnisse bis Ende März 2004 vorlegen.

Wir berichten weiter!

Christa Seever

Beitragsbemessung in der gesetzlichen Krankenkasse ab 01. Januar 2004

Auswüchse der Gesundheitsreform

Durch das zum 01.01.2004 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich die Belastung von Ruhestandsbeamten und Rentnern mit Krankenkassenbeiträgen teilweise drastisch erhöht.

Betroffen von der Änderung des § 248 SVG V sind alle Empfänger von Betriebsrenten aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind. Bei diesen Versicherten wird bei der Berechnung des Krankenkassenbeitrags aus der Zusatzrente nicht - wie bis zum 31.12.2003 - der halbe Beitragssatz, sondern der volle Beitragssatz angewendet. Gleiches gilt für nach früherem Recht in der Krankenversicherung der Rentner versicherte Empfänger einer Beamtenversorgung.

Zurzeit wird geprüft, inwieweit die beschriebenen Neuregelungen verfassungsgemäß sind.

Wir berichten zu gegebener Zeit weiter!

Kurznotiert

Bezirksausschüsse tagen

Am 19.01.2004 tagte der Bezirksausschuss Oldenburg, am 28.01.2004 fand die Sitzung des Bezirksausschusses Hannover statt. Die sich anschließenden Bezirksversammlungen beschäftigten sich mit den anstehenden Personalratswahlen, sowie mit dem im September 2004 stattfindenden Landesverbandstag. Rege Diskussionen ergaben sich auch zum Tagesordnungspunkt "Aktuelle Themen".

Schulung der Wahlvorstände durchgeführt

Die Schulungen der Wahlvorstandsvorsitzenden wurden für den Bereich der StO am 14.01.2004 und für den Bereich der StH am 15.01.2004 durchgeführt.

Leider konnten die Schulungen nicht für alle neuen Mitglieder der Wahlvorstände durchgeführt werden. Die - bedingt durch die Weihnachtspause - zeitlichen Bedingungen waren derart eng gesteckt, dass weitere Schulungstermine leider nicht möglich waren.

Wir danken den Mitgliedern der Wahlvorstände für ihre Bereitschaft, ein derartiges Amt auszuüben und wünschen ihnen eine gute Arbeit und viel Erfolg.

Beiträge zur privaten Krankenkasse.

Aufgrund des Aufrufs im letzten Blickpunkt sind bereits

viele Meldungen eingegangen. Um eine repräsentative Auswertung fertigen zu können, bitten wir weiterhin um Ihre Mitarbeit / Mitteilungen.

Termine

Die diesjährige Sitzung der DSTG-Landesfrauen findet am 24. Februar 2004 im Freizeitheim Vahrenwald in Hannover, Vahrenwalder Straße statt.

Am 25. und 26. März 2004 findet der Landesjugendtag der DSTG-Jugend in Bad Bevensen statt. Bei Fragen bitte an die Landesjugendleiterin Sonja Paetsch, Finanzamt Syke, Tel.: 04242/162-452 wenden.

Austragungsort für das 29. Deutschlandturnier der Finanzämter ist die Stadt Hamm in Nordrhein-Westfalen. Ausgetragen wird das Turnier vom 16. bis 18. September 2004. Interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Sportarten Tischtennis, Tennis, Schach und Kegeln melden sich bitte schriftlich bei:

Bernd Borgfeld, FA Hannover-Nord.

Die teilnehmende Mannschaft im Bereich Fußball wird im Rahmen des Endspieles zum OFD-Pokal noch ermittelt.

Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Jürgen Hüper, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511/342044

FAX: 0511/3883902, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstg-niedersachsen.de

Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 31059 Hannover

Auflage: 9000 Erscheinungsweise: zweimonatlich

Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover

Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.